

Antrag Nr. 2

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 168. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 3. 5. 2017**

Nein zum 12-Stunden-Arbeitstag

An der Wiege der Gewerkschaftsbewegung stand die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag. Weltweit gingen die Arbeitenden unter dem Motto “8 Std. Arbeit – 8 Std. Freizeit – 8 Std. Schlaf” auf die Straße, um dessen Einführung zu erkämpfen. Auf den revolutionären Wogen des Jahres 1918 gelang es dann, ihn gesetzlich zu verankern.

Zuvor schon gelang es in Kombination des Drucks von unten und bestimmter (taktischer wie kriegsbezogener) Interessenslagen der herrschenden Klasse, den 12-Stunden-Tag einzuschränken. 1885 wurde dieser unter Kaiser Franz Joseph wegen seiner gesundheitsschädigenden Auswirkungen in seinerzeitiger Form in Fabriken abgeschafft.

Mit dem rot-schwarzen Regierungsübereinkommen von 2014 hielt jedoch ein Zurück zum 12-Std-Tag in neuer Form wieder Einzug ins Geschehen. Nach kraftvollen Protesten innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften sowie seitens der Arbeiterkammer wurde der Vorstoß aber vorübergehend auf Eis gelegt.

Mit dem neuen Regierungsprogramm allerdings wurde dieses Zurück ins 19. Jh. erneut paktiert – und soll nun seitens der “Sozial”partner auf Schiene gebracht werden. Zudem soll den stetig erhobenen Forderungen der Wirtschaft nach weiterer Arbeitszeitflexibilisierung zum Durchbruch verholfen werden. Neben dem 12-Std.-Tag insbesondere deren Ansinnen nach Ausdehnung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit auf bis zu 60 Stunden, der Erweiterung der Durchrechnungszeiträume (innerhalb dessen sich Mehrarbeit und Minusstunden ausgleichen) auf bis zu 2 Jahre und nach zusätzlichen Flexibilisierungsmöglichkeiten auf Betriebsebene.

Ein unter dem neoliberalen Flexibilisierungs-Credo vorgetragener, kapitalinteressensgeprägter Frontalangriff auf das errungene Arbeitsrecht und kollektivvertragliche Barrieren, mit welchem sich die Unternehmen der Überstundenzuschläge entledigen wollen und die Verfügbarkeit der Arbeit weiter zu flexibilisieren trachten. Die Folgen wären neben kräftigen Lohneinbußen und noch disponibleren Arbeitszeiten zudem ein massiver Raubbau an der Gesundheit der Arbeitenden und Arbeitsplatzvernichtungen. Und würde Frauen und Alleinerziehende weiter in die (Zwangs-)Teilzeit drängen bzw. – mit der Job-Anforderung bei Bedarf und Weisung 12. Std. schufteten zu müssen – teils gänzlich aus Normalarbeitsverhältnissen kicken.

Mit welcher Entschiedenheit und Brachialität die Regierung diesen Backlash durchzupeitschen gedenkt, brachte Kanzler Kern unlängst vor Spitzen-Vertretern der

österreichischen Wirtschaft unumwunden zum Ausdruck: „Ich hoffe, dass die Drohung mit einem Gesetz wirkt. Wenn die Sozialpartner bis 30. Juni keine Lösung finden, werden wir das [die Einführung des 12-Stunden-Tages] einer Lösung zuführen.“

Die Gewerkschaften und Interessensorganisationen der Arbeitenden im Land werden sich aber auch unverhohlenen Drohungen in ihrem Einstehen für die Arbeits- und Lebensinteressen nicht beugen.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- Die AK Wien wird jedem Versuch, die tägliche Maximalarbeitszeit weiter auszudehnen, sei es durch Gesetz oder durch Kollektivverträge, entgegenzutreten und auch entsprechende Protestmaßnahmen dagegen organisieren bzw. unterstützen.